

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 22 (1919-1920)

Artikel: Was wir wollen
Autor: Lang, Robert Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-750059>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WAS WIR WOLLEN

Im Juliheft von *Wissen und Leben* habe ich einen Aufsatz „Jugend und Vaterland“ veröffentlicht, welcher einer Erweiterung bedarf. Es wurde dort zwar theoretisch eine prädominierende Stellung der Jugend in der schweizerischen Politik verlangt, konkrete Forderungen aber waren nicht aufgestellt. Diese Lücke, welche durch den Rahmen des erwähnten Artikels bedingt war, soll nunmehr nach Möglichkeit ausgefüllt werden.

Zunächst ist folgendes grundsätzlich festzustellen: Die Jungen lehnen jede Realpolitik ab. Das heißt sie lehnen jede Politik des größten individuellen Nutzens auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ab, sei das Individuum nun der Einzelne oder der Staat. Man hat daraus geschlossen, dass soziale und wirtschaftliche Politik überhaupt abgelehnt werde. Wenn ich in meiner früheren Darlegung gegen jene Politik Verwahrung einlegte, und sie für das mangelnde Interesse der heutigen Jugend an den öffentlichen Angelegenheiten verantwortlich machte, so sollte damit nicht gesagt werden, dass soziale und im weitesten Sinne wirtschaftliche Aufgaben dieser ferne lägen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Ausbau der politischen Organisation ist durch unsere demokratische Verfassung in so weitgehendem Maße durchgeführt, dass daran eigentlich nicht mehr viel zu ändern ist. Ganz anders steht es aber mit der Organisation der sozialen und wirtschaftlichen Rechte. Hier ist tatsächlich noch Alles nicht nur aufzubauen, sondern erst einmal abzustecken. Man kann sich keinem Zweifel darüber hingeben, dass diese Tatsache von Hunderttausenden von Schweizern, welche gegenwärtig in wirtschaftlichen Verbänden den Schutz suchen, welchen ihnen der Staat nicht oder völlig ungenügend gewährt, empfunden wird und dass es diesem Empfinden entspricht, und nicht der Unzufriedenheit mit den politischen Einrichtungen, wenn zum Beispiel das Proporzgesetz für die Nationalratswahlen und die verfrühte Verabschiedung des Nationalrates von einer so kraftvollen Mehrheit gutgeheißen wurden. Man erwartet von einer neuen Volksvertretung nicht politische, sondern soziale und wirtschaftliche Taten.

Nebenbei sei bemerkt, dass die seit Jahrzehnten wachsende Mißstimmung in bürgerlichen Kreisen, der Sozialdemokratie gewissermaßen eine der Voraussetzungen für ihre, seit November 1917 ein-

geleiteten, Massenaktionen bedeutete. Es scheint auf der Hand zu liegen, dass die Initianten jener Bewegungen mit einer starken Unterstützung auch seitens nicht sozialdemokratischer wirtschaftlich Schwacher rechneten. Diese Rechnung wurde nicht etwa durch Reste reaktionärer Anschauungen innerhalb des bürgerlichen niedern und mittleren Standes durchkreuzt, sondern wohl nur durch die willkürliche sozialdemokratische Verquickung politischer und wirtschaftlicher Forderungen. Der Boden für die Durchführung der sozialen und wirtschaftlichen Demokratie ist ohne Zweifel vorbereitet. Aber andererseits ist die Einsicht jener bürgerlichen Kreise — zu denen auch die Jungen gehören —, welche einer sozialen und wirtschaftlichen Neugestaltung ohne weiteres ihre tätigste Unterstützung leihen würden, nicht derart verkrüppelt, dass sie diese auf Kosten politischer Freiheiten erkaufen wollte, wie das durch die Thesen Lenins angestrebt wird. Wenn jener Teil der bürgerlichen Gesellschaft heute nicht mit den Sozialdemokraten marschieren kann, ja sich gezwungen sieht gegen sie zu kämpfen, so geschieht das nicht, weil die Dringlichkeit sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen nicht eingesehen würde, sondern weil erkannt wird, dass unter dem Deckmantel solcher Forderungen Ziele erreicht werden sollen, welche aller sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit Hohn sprechen würden.

Dieser Gegensatz ist allerdings kein Grund dafür, nun auch jene dringlichen Postulate zu bekämpfen. Ganz im Gegenteil! Jetzt muss erst recht die soziale Befreiung zum Ideal bürgerlichen Denkens, im Kampf gegen gewalttätige politische Übervorteilung erst recht das gesteckte Ziel, welches nicht mehr und nicht weniger als die Errichtung der sozialen und wirtschaftlichen Demokratie ist, nie aus den Augen gelassen werden. Und dieses Ziel ist es, welches die Jungen meinen, wenn sie von der Politik der nächsten Zukunft und von ihren Führern wirkliche Taten verlangen. Denn nicht um Notbehelfe und um Zugeständnisse kann es sich heute mehr handeln, wo die Lücken der Errungenschaften der französischen Revolution ausgefüllt, wo neben die politische Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die soziale und wirtschaftliche Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gestellt werden sollen. Hier werden nur Taten und zwar kraftvolle, ja heldenhafte Taten genügen, welche nicht vor großen und kleinen Widerständen zurück-

schrecken und nicht an den Klippen des Überlieferten zerschellen. Um das durchzuführen, was heute die Jungen als die dringendste Aufgabe politischer Tätigkeit betrachten und worin sie unterstützt werden von sämtlichen Verbänden der wirtschaftlich Unselbständigen und denjenigen, die anders guten Willens sind, bedarf es einer Umgestaltung, deren Wirkungen nicht weniger tiefgehend sein werden, als es die Wirkungen der französischen Revolution auf politischem Gebiete waren. Der oberste politische Grundsatz der Gleichheit Aller vor dem Gesetze muss auf das soziale und wirtschaftliche Leben ausgedehnt werden und der Beseitigung der politischen Untertanenverhältnisse, der Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen, müssen die gleichen Bestimmungen in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht folgen.

Diejenigen, welche im Rahmen bürgerlichen Denkens (das heißt heute: mit verfassungsmäßigen Mitteln) an die Lösung solcher Aufgaben herantreten, sind sich des dornenvollen Weges bewusst, welchen sie einschlagen. Das wird sie aber nicht davon abhalten, ihn trotzdem zu gehen, und ihre Forderungen in großen Zügen heute schon folgendermaßen zu stellen:

Reform des *Erbrechtes* durch stufenweise Erweiterung der Erbberechtigung des Staates, soweit nicht Nutznießung des überlebenden Ehegatten und unmündiger Nachkommen in Frage steht.

Reform des *Grundbesitzes* im Sinne positiven Schutzes des Kleingrundbesitzes, u. a. durch tatkräftige Förderung der Einrichtung der Heimstätten.

Gesetzliche Festlegung einer praktischen, gleichen *Lebensunterhaltsquote* für jeden Bürger; stark progressive Besteuerung darüber hinausgehender Einkommen; staatliche Regelung der *Alters- und Erwerbslosen-Versicherung*, wobei die gesetzliche Rente gleich der gesetzlichen Lebensunterhaltsquote anzusetzen ist.

Regelung — durch eine sozialwirtschaftliche Volksvertretung — sämtlicher *Lohntarife*, der Preise der *Lebensmittel* und *Bedarfsartikel*; gesetzliche Umschreibung der *Wohnungsfrage*.

Abschaffung der privaten *Bildungsanstalten*; Unentgeltlichkeit *aller* Schulen und Lehrmittel.

Unentgeltlichkeit der *Kranken- und Wohlfahrtspflege*; Abschaffung der *Krankenkassen*.

Bestellung einer *sozialwirtschaftlichen Volksvertretung*.

Diese Forderungen sind in ihrer Mehrzahl nicht neu, sie sind es nur dadurch, dass heute auch bürgerliche Kreise ihre Berechtigung anerkennen und sie aufstellen. Sie werden von den Vertretern der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung als vollständig undurchführbar bezeichnet werden, wenn nicht anders das ganze Wirtschaftsleben zugrunde gerichtet werden solle. Derartige Einwände gleichen aufs Haar jenen andern, welche bei der Einführung der politischen Demokratie die Zerstörung staatlicher Ordnung überhaupt prophezeiten. Es erscheint gerade gegenwärtig als selbstverständliche Notwendigkeit, die soziale und wirtschaftliche Notlage des Staates durch Schaffung einer breiteren Grundlage, durch Interessierung jedes Einzelnen am Wirtschaftsleben der Allgemeinheit zu beheben. Dies würde durch die sukzessive Verwirklichung der aufgestellten Postulate geschehen, durch welche der privaten Initiative, dem Erwerbsintellekt des Einzelnen nicht unüberwindlichere Schranken gezogen wären, als dies heute schon der Fall ist. Das selbsterworbene Vermögen bliebe auch im äußersten Falle bis zum Ableben des Erwerbers das Vorrecht dessen Mehrleistungen, und nur die willkürliche Verlängerung des Vermögensvorrechtes auf Dritte, das nicht selbständig erworbene Kapital würde abgeschafft. Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen könnten dadurch nach Möglichkeit ausgeglichen, das weitere Fortkommen durch Ausschaltung von Bildungs- (Privatschulung) und Wohlfahrts-Vorrechten (abgestufte und entgeltliche Kranken- und Körperpflege etc.), durch Garantie einer Lebensunterhaltsquote und starke Besteuerung darüber hinausgehender Einkommen, nivelliert werden. Eine sozialwirtschaftliche Volksvertretung arbeitete mit diesen Gesetzgebungsgebieten auch diejenigen aus, welche Lohn-, Erwerbs- und Unterkunftsentschädigungen festlegen und eine Übervorteilung des Einzelnen zugunsten Dritter nach Möglichkeit ausschalten. Da der Einzelne weniger von der besondern Gunst der Verhältnisse und fast ausschließlich vom Wohlergehen der Allgemeinheit abhängig sein wird, wird sein Bestreben naturgemäß dahin gehen, dieses allgemeine Wohlergehen, den Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Demokratie zu fördern. So kann man in einer solchen Umgestaltung nichts erblicken, was der Zerrüttung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorarbeiten würde. Die bestehende Ordnung wird zwar Opfer bringen müssen; ohne Opfer ist noch nichts

Großes geschaffen worden und diese Opfer werden nicht fruchtlos sein. Der Zeiger der Weltenuhr rückt in diesen letzten Jahren scheinbar hemmungslos vorwärts, und das Uhrwerk würde bald vollständig ab- und ausgelaufen sein, wenn nicht durch Einsicht rechtzeitig ein Eingriff erfolgte, dort wo der Eingriff notwendig ist.

Das wollen wir bürgerlichen Jungen! Mit uns will es auch jene, welche heute aus einer Reihe von Gründen einen andern verhängnisvollen Weg einschlägt, die sozialistische Jugendinternationale. Es gibt nur eine Möglichkeit, die babylonische Sprachverwirrung — denn mir scheint es, als ob es sich bei der Proklamation der Ziele hüben und drüben nur um eine solche handelte — zu beseitigen und an deren Stelle das Verständnis und infolgedessen das gegenseitige Vertrauen zu setzen, das ist der Glaube an die Vernunft des Menschengeschlechtes, der Wille, dieser Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen mit allen sinngemäßen Mitteln.

UETIKON AM SEE

ROBERT JAKOB LANG



FESTLICHER MORGEN

Von HANS REINHART

Vom hohen Hange hallt der Glocken Dröhnen,
Schwillt übern See, darob die Adler kreisen.
Am Giebel zwitschern Schwalben leise Weisen.
Im Friedenslied will sich die Welt versöhnen.

Aus blauer Tiefe ragt begrünter Gipfel
Des Heilsgebirges auf in Himmelshelle.
Im weichen Winde regt sich weiß die Welle.
Geheimnis raunt mir der Zypresse Wipfel.

O Tag der Einkehr! Tag erneuter Treue,
Mir auferblüht im glühenden Gefilde!
Willst du, dass meine Sehnsucht sich vermähle

Dem Adlerschrei, dem Glockenlied, der Bläue
Des Himmels unter Gottes heiligem Schilde?
In seinen Glanz befehl' ich meine Seele!

